



26. März 2025

BRUCKER GRÜNE: INFRASTRUKTUR-SONDERVERMÖGEN MUSS KOMMUNALE HAUSHALTE STÄRKER ENTLASTEN

Die Brucker Grünen kritisieren die Verteilung der Finanzmittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen scharf. Ein Anteil von nur 20% soll in die Landes- und Kommunalhaushalte fließen – viel zu wenig angesichts des enormen Investitionsbedarfes. Warum die CSU als starker Koalitionspartner keine vorteilhaftere Verteilung zugunsten von Ländern und Kommunen angemahnt oder zumindest unterstützt hat, stößt auf Unverständnis. Ausdrücklich hatten Grüne Landesministerinnen und -minister mehrerer Bundesländer mit billiger Kenntnis derer CDU-Ministerpräsidenten dies gefordert.

Die Verhandlungen über die Verteilung der ohnehin geringen Summe zwischen dem Land Bayern und den Landkreisen bzw. Kommunen dürften entsprechend hart ausfallen: „Wir erwarten von Landrat Karmasin sich unabhängig vom Parteibuch als Sprecher der bayrischen Landkreise für eine höhere Entlastung der kommunalen Haushalte einzusetzen und für eine ausreichende Finanzierung erfolgreich zu kämpfen“, so die Kreissprecher Heide Kuckelkorn und Rainer Husmann.

Wie groß die finanziellen Herausforderungen sind, lässt sich beispielhaft an den dringend notwendigen Investitionen in die Schulinfrastruktur des Landkreises ersehen: bis 2034 veranschlagt die Kreisverwaltung zu investierende Mittel von etwa 500 Millionen €. Noch gar nicht berücksichtigt sind hierbei Finanzbedarfe für Grund-, Haupt- und Mittelschulen, da diese von den Gemeinden selbst zu finanzieren sind. Gerade im Bildungsbereich sei dies eine direkte Investition in die Zukunft unseres Landes.

Trotz positiver Haushaltsergebnisse des Landes Bayern müssen die bayerischen Kommunen seit Jahren mit höheren Ausgaben als Steuereinnahmen umgehen. „Diese Situation hat nicht zuletzt die Staatsregierung zu verantworten, weil regelmäßig Aufgaben des Landes ohne finanziellen Ausgleich auf die Kommunen übertragen werden. Die Kommunen brauchen mehr Geld aus dem allgemeinen Steuerverbund, die Erhöhung auf 13% verpufft gänzlich. Weniger Förderprogramme und mehr frei verfügbares Geld, die Kommunen wissen schließlich am besten was bei ihnen vor Ort getan werden muss!“

kritisiert wiederholt Andreas Birzele als Landtagsabgeordneter der Grünen und Mitglied im Ausschuss für kommunale Fragen im Bayrischen Landtag.

Pressekontakt:

Rainer Husmann, Tel. 0162-1348609; rainer.husmann@gruene-bruck.de